Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeld. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 159. | Donnerstag den 11. Juli 1929. | 87. Jahrgang.

Die schwere Krisenzeit der Wirtschaft.

Aus der Rede des Landtagsabgeordneten Dr. Mauthe, gehalten am 8. Juli bei der Haushaltberatung im württ. Landtag.

In den seitherigen Debatten zum württ. Haushaltplan haben die Ausgaben eine sehr große Rolle gespielt. Dies bereitet mir deshalb große Sorgen, weil ich den dabei zu Tage getretenen Optimismus leider nicht zu teilen vermag. Durch eine Ueberseereise verhindert, habe ich keine Gelegenheit gefunden, bei dem Etat für das Wirtschaftsministerium eingehend zu begründen, warum ich die wirtschaftliche Lage für sehr kritisch ansehe. Ich wollte zu größter Vorsicht mahnen. Die Lage ist nicht vorübergehend, sondern vorläufig auf nicht absehbare Zeit als sehr bedenklich zu bezeichnen. Die Wirtschaft bedarf dabei jeder Unterstützung und Erleichterung. (Finanzminister Dehlinger: Wie ich gestern abend ausgeführt habe.) Es freut mich deshalb, heute in der Lage zu sein, die gestrigen Ausführungen des Herrn Finanzministers billigen zu können. Es war ein anderer Ton, eine andere Einstellung auf der Regierungsbank, anders als wir von der Wirtschaft es seither gewöhnt waren. Ich fühle mich aber verpflichtet, diese Auffassung zu unterstreichen und zu vertiefen. Ich muß aber bei der Verantwortung, die ich als Volksvertreter trage, dabei bittere und ernste Worte sagen. Ich bedauere dies. **Meine Freunde sind wie ich der Ansicht, daß die Krisenjahre erst bevorstehen, nicht nur weil die Löhne, die Steuern, die Soziallasten, von denen Sie gestern gesprochen und anerkannt haben, Herr Minister, daß sie einfach unerträglich werden, sondern weil noch eine Reihe anderer Faktoren dazu kommen.**

Ich beginne mit den handelspolitischen Verhältnissen, die sich gerade in letzter Zeit für unsere württembergische Fertigindustrie katastrophal entwickelt haben und denen die Wirtschaft machtlos, zum Teil resigniert gegenübersteht, und deren Entwicklung noch gar nicht abzusehen ist. Auch diese Tatsache erfordert deshalb eine andere Einstellung und eine andere Aktivität der Regierung. Wie ich schon einmal in diesem Hause ausgeführt habe, beabsichtigt z. B. **Nordamerika Zölle** einzuführen, die den Export unserer württembergischen Fertigindustrie, die Ausfuhr der meisten Artikel dieser Industrie beinahe **unmöglich** machen. (Abg. Dr. Hieber: Hört! Hört!) Eine Reihe anderer Länder, wenn auch nicht offiziell, so doch offiziös, haben energisch Protest dagegen eingelegt. So hat erst vor 2 Tagen der französische Handelsminister Bonnet in einem Trinkspruch gegen die Hochschutzzollpolitik der Vereinigten Staaten protestiert und der französische Arbeitsminister Loucheur brachte in einem Trinkspruch aus diesem Anlaß als charakteristisches Symptom auf die Zollunion der **Vereinigten Staaten von Europa aus.** Bei uns dagegen, die wir es nötiger hätten, hört man derartige Kundgebungen nicht. Man treibt meiner Ansicht nach regierungsseitig eine Vogelstraußpolitik. Obgleich bekannt ist, daß der amerikanische Präsident Hoover seine Konsulate angewiesen hat, jede ausländische Pressestimme zu seinem Zolltarifentwurf sorgfältig zu sammeln, in wichtigen Fällen ihm sogar telefonischen Bescheid darüber zu geben, läßt man es unsererseits trotz der vielen Gelegenheiten und Möglichkeiten, die sich täglich bieten, an Aeußerungen und energischer Stellungnahme offiziell vollständig fehlen.

Ich will der Antwort, die mir vom Regierungstisch auf meine „Kleine Anfrage", die ich zu Gunsten der württembergischen Exportindustrie gestellt habe, noch werden wird, nicht vorgreifen. Aber ich hoffe, daß **der Herr Finanzminister Veranlassung nehmen wird, einen Beschluß im Staatsministerium herbeizuführen, der den hiesigen amerikanischen Konsul veranlaßt, nach Washington zu berichten, daß die württembergische Regierung nicht gewillt ist, den von Nordamerika geplanten Hochschutzzolltarif ohne Protest hinzunehmen.**

Dies sollte schon aus der Erwägung heraus geschehen, daß es nicht angängig ist, von der Wirtschaft große Steuersummen zu verlangen, wenn sie nicht mehr in der Lage ist, diese zu verdienen. Eine Reihe anderer Staaten, wie die Türkei, Peru, Guatemala haben erst vor kurzem die seitherigen Handelsverträge gekündigt und die Zölle mit kürzester Befristung ganz bedeutend erhöht. Dies alles vollzieht sich in einem Galopptempo, bei dem die Regierungen gar nicht mehr dazu kommen werden, die Wirtschaftsverbände zu benachrichtigen, geschweige denn zu hören, und die Wirtschaftsverbände ihrerseits haben gar nicht die Möglichkeit, sich entsprechend einzustellen. Man sagt wohl, in Ländern, wo keine eigene Industrie ist, da beeinträchtigen Zollerhöhungen den Import nicht. Das ist jedoch falsch. Gerade unsere württembergische Exportindustrie ist auf Massenkonsumartikel eingestellt. Werden diese durch die Zollerhöhungen teuere Luxusartikel, so verliert das Schlagwort „billig und gut", womit unsere Produkte die Welt erobert haben, seine Berechtigung und „made in germany", das Warenzeichen für alle Artikel, gebrauchsfähig, billig und gut in der Welt draußen verwendet, wird immer mehr vom Weltmarkt **verdrängt. Woher sollen dann bei uns die großen Steuererträgnisse kommen?** Wie sollen dann auch die andern Steuerquellen der Wirtschaft, aus Gewerbe und Handel, fließen, wenn überall weiter zum Rückzug geblasen wird? Denn man kann heute schon keine Zeitung in die Hand nehmen, worin nicht von Betriebsstillegungen, von Zusammenlegung der Aktien, Sanierung und Pleiten geschrieben wird.

Damit komme ich zu einem weiteren Krisenpunkt, Herr Finanzminister. **Auch die Verhältnisse auf dem Inlandsmarkt sind zerrüttet.** Sie sind es durch das Fehlen des notwendigen Betriebskapitals, durch das Fehlen des notwendigen Kredits, das fieberhafte und ruinöse Beschaffen von Betriebsmitteln um jeden Preis. Ich habe hier eine Zuschrift einer großen Zwangsinnung im Ruhrgebiet und darf sie zur Beleuchtung der Lage als Beispiel kurz vorlesen. Das Schreiben ist an den Wirtschaftsverband der Uhrenindustrie gerichtet. Es lautet: „Die wirtschaftliche Lage der Uhren- und Goldwarengeschäfte in Bochum hat sich in den vergangenen 6 Monaten außerordentlich ungünstig gestaltet. Eine ganze Reihe von Umständen ist zusammengekommen, durch die allen Geschäften dieser Branche ein erheblicher Schaden zugefügt worden ist. Wir nennen im einzelnen folgende Tatsachen: Der Konkursausverkauf der Firma R. in R. im Herbst 1928, die Metallarbeiteraussperrung im Herbst 1928, durch die das Weihnachtsgeschäft erheblich beeinträchtigt wurde, der Umzugsverkauf der Firma R. in R., der vollständige Ausverkauf des Lagers des Juweliers R. in R., der Rabattverkauf der Firma R. in R. anläßlich des Vergleichsverfahrens dieser Firma. In nächster Zeit ist mit dem Ausverkauf des Geschäfts R. in R. zu rechnen. Es kommt hinzu, daß in R. durch das städt. Leihamt ein außerordentlich umfangreicher Verkauf von Uhren und Goldwaren betrieben wird, ferner, daß das Kunstgewerbehaus R. in den letzten Monaten seinen Warenbestand ausverkauft und Uhren und Goldwaren zu Spottpreisen verschleudert hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß die vorgenannten Ereignisse insbesondere die kein Ende nehmenden Ausverkäufe und Rabattgewährungen alle Geschäfte der Uhren- und Goldwarenbranche schwer geschädigt haben, und es liegt **im Interesse unserer Lieferanten und Mitglieder, daß weitere geschäftliche Zusammenbrüche in R. verhindert werden.** Aus diesem Grunde bitten wir unsere Lieferanten, für die nächste Zeit den Uhren- und Goldwarengeschäften in R. ein besonderes Entgegenkommen angedeihen zu lassen und ihnen dadurch zu helfen, über die schwierige Lage hinwegzukommen. Wir betonen ausdrücklich, daß unsere Mitglieder gewillt sind, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Lieferanten nachzukommen, daß aber in den meisten Fällen besonders bei den Geschäften, die trotz an sich vorhandener Lebensfähigkeit augenblicklich in Schwierigkeiten sind, nur durch entsprechendes Entgegenkommen der Lieferanten ein Zusammenbruch verhütet werden kann."

Meine Frauen und Herren! Aehnliche wie diese Briefe aus meiner Branche bekommen sicher die Unternehmer anderer Industriezweige tagtäglich. **Sie kennzeichnen am besten die zerrütteten Verhältnisse** des Inlandmarkts, mit denen nach meiner Ansicht wir nicht als mit einer vorübergehenden Erscheinung sondern als mit einer solchen, die länger verharrt, rechnen müssen.

Als weiteres Krisenmoment bezeichne ich die **Flucht aus der Wirtschaft.** Diese zeigt sich durch starken Pessimismus beim Unternehmertum. Dies beweisen auch solche Fälle, wie z. B. bei den Opelwerken, wo die Familientradition geopfert und das Feld dem Ausland überlassen wurde. Aehnliches werden wir noch oft erleben. Es könnte von ähnlichen Bestrebungen in anderen Industriezweigen berichtet werden, wo auch der Pessimismus des Unternehmers schon so weit fortgeschritten, daß dieser nicht mehr an die Möglichkeit einer Besserung der Verhältnisse glauben kann und will.

Ich erinnere an die Kundgebung des Industriellenverbands des Bezirks Balingen—Ebingen. Vor wenigen Tagen haben wir eine Versammlung in Ebingen abgehalten, der referierende Industrielle führte u. a. folgendes aus:

„Der jähe Auftrieb der Sozial- und Steuerlasten, in Begleitung der durch gegenseitige Errichtung von Zollmauern und durch die noch nicht abgeschlossenen Handelsverträge erschwerten Handelsbeziehungen mit unseren wirtschaftlichen Nachbarn konnten gar nichts anderes als **zu dem heutigen Tiefstand unserer Wirtschaft führen.** Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß unsere seitherige Steuer- und Sozialpolitik ihre Wirkung auch im Ausland nicht verfehlt hat. Wenn **wir** schon im Inland kein Vertrauen mehr zu den verantwortlichen Stellen, denen die Kassenführung von Reich, Ländern und Gemeinden zusteht, haben können, wie können wir dann vom Ausland eine Kredithergabe zur Stärkung unserer kapitalarmen Wirtschaft erwarten? Man kann niemand zumuten, Gläubiger eines verschwendungssüchtigen Schuldners zu sein, der einen Haushalt führt, den aus eigenen Mitteln zu decken er auf die Dauer niemals in der Lage ist."

Es werden deshalb die Worte des Herrn Finanzministers von gestern seitens der Wirtschaft in der heutigen schweren Lage sehr begrüßt werden, **aber man wird positive Taten sehen wollen. Man erwartet dieses Mal, Herr Finanzminister, einen Sparetat.** (Finanzminister Dr. Dehlinger: Habe ich gemacht!) Man erwartete einen **Sparetat als Vorläufer einer Entlastungsoffensive für die Wirtschaft,** zu der ja noch die dritte Lesung Ihnen reichlich Gelegenheit geben kann, Herr Finanzminister.

Auf meiner letzten Reise in **Amerika** habe ich mit Staunen konstatiert, wie der Rekordeifer sich dort auch auf die Steuersenkung erstreckt hat und die Verwaltungen darin wetteifern, **neue Vorschläge zur Vereinfachung** zu machen. Der Erfolg ist ein fortwährendes Sinken der Lasten. Dabei ergeben sich riesige Ueberschüsse. Der Erfolg ist ein Beleben des Unternehmergeistes und eine Festigung der Unternehmungen. **Für einen solchen Feldzug zu Gunsten der Steuerzahler und damit der Wirtschaft sollten sich auch bei uns die Parteien zusammenfinden und nicht erst den angeforderten Sparkommissar erwarten. Uebernehmen Sie selbst, Herr Finanzminister, die entsprechende Führung, lassen Sie es nicht bloß bei dem Anlauf von erstern bewenden. Die Wirtschaft wird es Ihnen danken. Die Krisenjahre können so eher überwunden werden, als wenn man in einem unangebrachten Optimismus den Abgrund nicht sehen will, an dem die gesamte Wirtschaft und damit Land und Reich wandeln.**

Ausland.

Paris, 10. Juli. Dr. Stresemanns Erklärungen im „Matin" haben in dieser Hinsicht eine heilsame psychologische Wirkung erzielt. Der Deputierte Lautier bezeichnet die Ausführungen des Reichsaußenministers als so klar und einleuchtend, daß kein verstockter französischer Nationalist etwas dagegen einwenden kann. Lautier schreibt in seinem Blatt „Homme libre", die Rechtsparteien würden sich über Dr. Stresemanns Erklärungen schwer aufregen, aber sie wären zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Rheinlandräumung zwangsläufig stattfinden müsse. Jeder weitere Aufschub würde die Blamage der französischen Rechten vergrößern. Diese Meinung findet sich auch in einigen Parteiblättern der gemäßigten republikanischen Kreise, wie Hervés „Victoire". Möglicherweise wird Dr. Stresemanns „Matin"-Exposé auch dem Ministerpräsidenten Poincaré von Nutzen sein, wenn er in der Finanzkommission der Deputiertenkammer über die Zusammenhänge zwischen Young-Plan und Räumung sprechen wird. Der gestrige Beschluß der Finanzkommission nötigt die Regierung zu einer diesbezüglichen Klarstellung.

London, 10. Juli. In der Saarfrage scheint sich England dem französischen Standpunkt anzunähern, so daß sie auf der Konferenz nicht erörtert wird.

Ein Gesandter als Schmuggler.

Paris, 10. Juli. Der hiesige Gesandte von Afghanistan, Ghalam Nabil, befindet sich in einer peinlichen Situation. Seit einiger Zeit erregte das ihm zugestellte Kuriergut die besondere Aufmerksamkeit der französischen Zollkontrolle. Zweimal wurde dem Gesandten mitgeteilt, daß Holzkisten, die sich unter dem Kuriergut befanden, geöffnet werden sollten. Eine Intervention des Außenamts verhinderte im letzten Augenblick die Nachforschungen. Gestern vormittag trafen wieder die verdächtigen Holzkisten ein. Ein Zufall, den wohl die unbekannte Hand einer interessierten Person herbeigeführt hat, wollte es, daß aus einem Kistchen eine Dose herausfiel, in der sich ein weißes Pulver befand. Eine sofort vorgenommene Untersuchung dieses Pulvers ergab das überraschende Resultat, daß es sich um das Rauschgift Heroin handelte. Die ganze Sendung wurde sofort beschlagnahmt. Man entdeckte eine auf mindestens 2 Millionen Franken geschätzte Menge von Heroin. Ein gerichtliches Verfahren ist eingeleitet worden.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 9. Juli. (Die Linde schmückt sich.) Die Linde beginnt sich mit ihren würzig duftenden Blüten zu schmücken. Dieser schöne Baum mit seiner schattenspendenden Laubkrone, seinen herzförmigen Blättern und seinen bescheidenen grüngelblichen Blüten erfüllt mit seinem Zauber die Herzen. Der Lindenbaum wurzelt tief in unserem Volkstum. Er ist der Baum alter Poesie. Und die Linde ist nicht nur herzerfreuend, sie ist auch eine Segenspenderin, denn ihre Blüten geben einen ausgezeichneten Tee zur Bekämpfung des Fiebers.

(Wetterbericht.) Die Wirkung des von Westen vorgedrungenen Hochdrucks hat sich verstärkt. Im Norden ist jedoch noch eine starke Depression vorhanden, so daß für Freitag und Samstag zwar vielfach heiteres, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten ist.

Rotkreuztag 1929

am Sonntag, den 14. Juli.

Einmal im Jahre ruft das Deutsche Rote Kreuz seine große Gemeinde zu gemeinsamer Kundgebung auf. An einem bestimmten Tage, diesmal am Sonntag den 14. Juli, rüsten sich im ganzen Reiche die tausende von Rotkreuzvereinen und die über eine Million Mitglieder des Roten Kreuzes zu Gedenkfeiern für die Mission und das Wirken des Roten Kreuzes.

Es sind Gedenkfeiern im höchsten Sinne. Ein jeder soll am Beispiel des Roten Kreuzes dessen gedenken, was er selber in unserer nach Hilfe drängenden Zeit an seinen Mitmenschen an sozialem Helfen und Dienen leistet. Keiner ist so stark, um allen helfen zu können. Jeder kann nach dem Maße seiner Kräfte nur dem Einzelnen oder einigen helfen. Aber die Hilfe jedes Einzelnen zusammengenommen ergibt den breiten Strom, aus dem dann wie im Roten Kreuz ganze Volksteile je nach der Art der Hilfe Linderung und Minderung ihrer körperlichen, seelischen und wirtschaftlichen Nöte finden.

Der Rotkreuztag ruft jeden Einzelnen zur Hilfe am Nächsten auf! 1 300 000 Mitglieder zählt heute das Deutsche Rote Kreuz. So viel Hände und Herzen strecken sich allen, die danach verlangen, zu Rotkreuzhilfe aus. 8000 Rotkreuzschwestern bieten in Krankenanstalten, Heilstätten, Säuglingsheimen, Erholungsheimen, Siechenheimen, Altersheimen usw. an insgesamt 17 000 Betten den Leidenden, Siechen und Erholungssuchenden Pflege und Betreuung. Die Sanitätsmänner, die bei jedem Unglück, wo es sich auch ereignen möge, ganz freiwillig dabei sind, um erste Hilfe zu leisten, gehören ja zu den populärsten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens. Wo das Rote Kreuz auf weißem Grund erscheint, da erscheinen Hilfe, Rettung und Nächstenliebe. Es wird nicht gefragt, wer sie fordert. Jedem Bedürftigen wird sie zuteil. Die Neutralität ist das oberste Gesetz in der Satzung des Roten Kreuzes.

Der Rotkreuztag wird auch in unserem Orte gebührend begangen. 364 Tage im Jahre arbeitet das Rote Kreuz ganz in der Stille, tritt es nicht hervor mit seinen Zielen und Einrichtungen. Während des ganzen Jahres erleben je nach der Größe des Ortes Hunderte und Tausende das Wirken des Roten Kreuzes in jeglicher Not. Diese Hunderte und Tausende und nicht nur die Angehörigen und Mitglieder des Roten Kreuzes sollten an dem einen Tage, an dem das Rote Kreuz nicht für sich, sondern immer nur für die Hilfsbedürftigen an die Oeffentlichkeit tritt, zusammenströmen und Zeugnis ablegen für das, als was das Rote Kreuz sich ihnen erwies.

Sie können es nicht besser tun, als durch das eigene Wirken

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

im Sinne des Roten Kreuzes. Für jeden ist im Roten Kreuz etwas zu tun. Wenn sie kein bestimmtes Amt übernehmen wollen, so können sie durch Gänge, Erkundigungen, Besorgungen, Handreichungen, Aushilfen usw. an ihrem Teile mitarbeiten an dem umfangreichen Dienst der Rotkreuzvereine. Wenn sie tätig nicht mithelfen wollen, so mögen sie ihr Scherflein zur Rotkreuzarbeit beitragen, indem sie Mitglied des Roten Kreuzes werden. Jeder Rotkreuzverein nimmt seine Mitglieder auf, ohne zu fragen, wer es sei.

Auch in diesem Jahre wird der Rotkreuztag wiederum mit einer öffentlichen Sammlung verbunden sein. Jede Gabe, die in die Sammelbüchsen fällt, bedeutet ein Stück Hilfe und Linderung aus menschlicher Not. Diese Not kann eines Tages auch den befallen, der heute, weil er die Not und die Sorge noch nicht an seinem eigenen Leibe erfahren hat, an den Sammelbüchsen — vorübergeht.

Helfe darum jeder fremder Not, er hilft damit seiner eigenen.

Am 14. Juli ist bekanntlich Rotkreuztag, verbunden mit einer öffentlichen Sammlung. Wir können nur sagen: Gebt dem Roten Kreuz!

Württemberg.

Malmsheim, 10. Juli. (Autobrand.) Auf der Strecke Perouse—Malmsheim geriet der Opel-Personenwagen des Dachdeckermeisters Müller aus Oehringen gestern vormittag auf ungeklärte Weise in Brand und wurde vollständig zerstört. Ein Fuhrmann machte den fahrenden Besitzer darauf aufmerksam, daß sein Wagen vorn brenne, worauf er sofort heraussprang, als im gleichen Augenblick auch schon der Tank explodierte. Müller entrann dadurch, daß er sofort absprang, dem Verbrennungstod. Der Wagen ist versichert.

Stuttgart, 10. Juli. (Der Sohn vom eigenen Vater erstochen.) Mißgunst und Zwietracht war die Ursache einer fürchterlichen Bauerntragödie, die sich am 13. Juni 1928 in Burgstall, OA. Marbach, ereignete. Durch die Aufteilung des stattlichen Bauerngutes des 61 Jahre alten Landwirts Ludwig Holzwarth von Burgstall kam es in der Familie zu heftigen Auftritten. Der älteste Sohn bekam die Hälfte des Guts verschrieben; damit war er aber nicht zufrieden. Zudem hatte er sein Erbrecht bald verspekuliert, wodurch die Mißstimmung noch gesteigert wurde. Der alte, bisher sehr angesehene Bauer sah sein Werk in den Händen seines Sohnes langsam zerrinnen. Es kam deshalb zu immer heftigeren Szenen, die auch in die Oeffentlichkeit drangen und das Ansehen der Familie verminderten. Am 13. Juni v. J. fing nun der zweitälteste Sohn Gotthold des Bauern mit dem ältesten Sohn Hermann Streit an. Der Vater kam dazu und forderte seinen Sohn Gotthold auf, Hermann zu verprügeln. Mit der Mistgabel befolgte Gotthold den Rat seines Vaters. Hermann, der einen lahmen Arm hatte, konnte sich nicht zur Wehr setzen, weshalb ihm sein Knecht zu Hilfe eilte. Als dies der alte Bauer sah, stürzte er sich mit dem offenen Messer auf seinen Sohn und brachte ihm 2 Stiche bei. Einer davon, ein Herzstich, hatte den sofortigen Tod des Betroffenen zur Folge. Früher schon hatte der Vater sich geäußert, nicht eher Ruhe zu bekommen, als bis er seinen Sohn Hermann aus der Welt geschafft habe. Das Schwurgericht Heilbronn, wo sich Holzwarth vorigen Jahres wegen dieser Tat zu verantworten hatte, verneinte die Schuldfrage auf Totschlag und erkannte nur wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod auf 3 Monate Gefängnis. Die vom Staatsanwalt gegen dieses Urteil eingerichte Revision hatte Erfolg. Der Urteil wurde aufgehoben und der Fall an das Schwurgericht Stuttgart verwiesen. Jetzt wurde der Angeklagte wegen Totschlags zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3½ Jahre Gefängnis beantragt.

Stuttgart, 10. Juli. (Das eigene Haus in Brand gesetzt.) Um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu bringen, hatte der 54 Jahre alte verheiratete Landwirt Gottlieb Schaal von Unterbrüden, OA. Backnang, am 30. April in seinem alten baufälligen Haus Feuer gelegt. Vom Schwurgericht in Stuttgart wurde er jetzt zu 2½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt gehabt.

Stuttgart, 10. Juli. (Wege aus der Wohnungsnot. — Ein englisches Urteil über den kommunalen Wohnungsbau in Deutschland.) Vom 12. bis 14. Juli findet in Stuttgart die erste deutsche Eigenheimtagung statt, zu der aus allen europäischen Ländern die Vertreter des Bauspargedankens erscheinen werden. Auch der Chairman des größten Bausparkonzerns der Welt und zugleich Direktor der größten englischen Bausparkasse, The Halifax Building Society, Sir Enoch Hill, weilt zurzeit in Stuttgart, um dieser Tagung beizuwohnen. In einer Unterredung, die Sir Enoch Hill gestern einem Mitglied der Redaktion der „Südd. Ztg." gewährte, machte er einige interessante Ausführungen über die Bausparbewegung in England. In der Hauptsache, so führte Sir Enoch Hill aus, sind es genau wie bei der Gemeinschaft der Freunde Kaufleute, Beamte, Arbeiter und Handwerker, aus denen sich der Mitgliederstand zusammensetzt. Da die Gesellschaften über ungeheure Kapitalien verfügen, werden den Bausparern bei Abschluß der Verträges, d. h., wenn sie 25 Prozent eigenes Kapital besitzen, die restlichen 75 Prozent zu einem Zinssatz von 5½ Prozent sofort ausbezahlt. Bis heute wurden nach der Bilanz der Halifax-Gesellschaft 1,2 Milliarden Mark Baugelder ausbezahlt. In England bewegt sich die Höhe der Bausummen wie bei uns in Deutschland zwischen 13 000 bis 16 000 Mark. In der Hauptsache werden auch dort Einfamilienhäuser erstellt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß z. B. ein Bauplatz (Haus mit Garten) in der Regel auf 600 bis 800 Mark zu stehen kommt. Auf Befragen äußerte sich dann Sir Enoch Hill über das Problem des kommunalen Wohnungsbaues. Er erklärte, daß die Gemeinden auch in England auf diese Weise, jedoch auch erst nach dem Kriege, versuchten, die Wohnungsnot zu beheben. Doch haben die Kommunen dort heute schon erkannt, daß dieser Weg nicht aus der Sackgasse führe. Die Stadt London hat z. B. ihre Häuser, die zu einem Preis von 1200 Pfund Sterling erstellt wurden, heute bereits veräußert. Allerdings mit einem erheblichen Verlust, denn der Erlös betrug im Durchschnitt nicht mehr als 500 Pfund Sterling. Auch bei dem kommunalen Wohnungsbau in Deutschland könne es auf die Dauer nicht ohne große Verluste für Städte und Steuerzahler abgehen.

Cannstatt, 10. Juli. (Die ev. Gesamt-Kirchengemeinde bekommt 50 000 Francs gestiftet.) Direktor Georg H. Wagner in Basel, hat zum bleibenden Andenken an seine Mutter, Frau Rosine Barbara Wagner geb. Bauer der evangelischen Gesamt-Kirchengemeinde 50 000 Francs in fünfprozentigen Schweizer Obligationen übergeben als Rosine-Wagner-Stiftung. Das Geld bleibt in Schweizer Obligationen angelegt. Alljährlich am 30. April, erstmals 1930, sind die Zinsen in Gaben von nicht unter 100 Mark an würdige und bedürftige weibliche Glieder der evangelischen Gesamt-Kirchengemeinde, vorzugsweise Witwen, zu verteilen. Dekan Kübler hat dem edlen Spender den wärmsten Dank des Gesamtkirchengemeinderats ausgesprochen.

Aichelau, OA. Münsingen, 10. Juli. (Zwei Pferde vom Starkstrom getötet.) Hier werden zurzeit von den O.E.W. in Biberach die elektrischen Leitungen des Ortsnetzes gebaut, dabei geschah gestern nachmittag ein Unglück, das beinahe noch Menschenleben gekostet hätte. Jakob Galster von hier fuhr mit den Pferden des Joh. Gg. Sauter durch dessen Hof, da bemerkte er einen herabhängenden Draht im Wege. Er hielt an, um abzusteigen und den Draht beiseite zu ziehen. In diesem Augenblick berührte das Sattelpferd den Draht mit dem Maul und stürzte auch schon tot zur Erde. Das andere Pferd machte erschrocken einen Sprung, kam gleichfalls in den Draht und schon lag es ebenfalls tot neben seinem Kameraden. Es waren 2 der schönsten Pferde im Dorfe. Der elektrische Strom in der Kraftleitung war wohl abgestellt, aber der Draht hing über die Lichtleitung, die nicht abgestellt war und so konnte das Unglück geschehen.

Ulm, 10. Juli. (Meineid.) Der ledige Unterfeldwebel Friedrich Dürr, 12. Komp. Inf.-Reg. 13 hatte sich wegen Meineids zu verantworten. In einem Alimentenprozeß hatte er beschworen, daß er in der gesetzlichen Empfängniszeit keinen Verkehr mit der Kindsmutter gehabt, ja sogar das Verhältnis mit ihr, das ein Jahr lang gedauert hatte, gebrochen gehabt habe. Ein weiterer verheirateter Mann war auch in die Sache verwickelt und dieser legte natürlich keinen Wert darauf, festzustellen, daß er nicht allein derjenige war, der es mit der Kindsmutter zu tun hatte. Schon im Oktober letzten Jahres fand vor dem Schwurgericht Ulm die Verhandlung gegen den Dürr in dieser Sache statt. Er wurde damals wegen fahrlässigen Eides zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ebenso die Staatsanwaltschaft, mit dem Erfolg ein, daß die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht zurückverwiesen wurde. In gestriger Verhandlung wurde nun der Angeklagte freigesprochen.

Ulm, 10. Juli. (Selbstmord im Eisenbahnwagen.) Bei der Revision des Gepäckwagens Nr. 93 008 (Stuttgart) auf dem hiesigen Güterbahnhof fand man die Leiche eines hiesigen Kohlenhändlers. Er hatte sich in den Abort des Wagens eingeschlossen. Die Untersuchung ergab, daß ein Herzschuß die Ursache des Todes ist. Der Revolver, mit dem die Tat geschah, lag noch bei der Leiche. Nach den Feststellungen des Arztes dürfte die Tat schon vor 2 Tagen geschehen sein. Die Polizei nahm sich des Falles an. Der Leichnam wurde ins Krankenhaus geschafft. Der Grund zu der Tat ist noch nicht bekannt.

Ehingen a. D., 10. Juli. (Submissionsblüte.) Bei der am letzten Freitag hier stattgehabten Submission für die Herstellung der Straße Lauphelm—Baltringen war das niederste Angebot 140 898 R.M. und das höchste 291 896 R.M., also ein Unterschied von nicht weniger als rund 150 000 R.M. Das niederste Angebot stammt von einer Stuttgarter Firma, das höchste von Saulgau. Das zu diesem Straßenbau nötige Material einschließlich Beifuhr kostet ca. 110 000 R.M. Der Zuschlag ist bis jetzt nicht erteilt worden.

Ravensburg, 10. Juli. (Meineid.) Das Schwurgericht hat den 23 Jahre alten ledigen, schon mehrfach vorbestraften Alfred Greiner von Altshausen, weil er beim Offenbarungseid eine Reihe von Werten verschwiegen hatte, wegen Meineids zu einem Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und dauernder Zeugenunfähigkeit verurteilt.

Friedrichshafen, 10. Juli. (Die Zeppelin-Post.) Die zur unterbrochenen Amerikafahrt aufgegebenen Luftpostsachen sind noch beim Postamt in Friedrichshafen. In den nächsten Tagen soll eine Entscheidung erfolgen, ob die nächste Amerikafahrt noch vor der Weltreise stattfinden kann und ob die lagernden Postsachen vorerst an die Absender zurückgeben sollen.

Baden.

Freiburg, 10. Juli. Nach Berichten des badischen Weinbauverbandes sind die Frostschäden im Weinbaugebiet des Kaiserstuhls sehr schwer. Sie betragen zwischen 50 und 80 Prozent. Die Winzer sind in eine schwierige Lage geraten.



werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

einmacht. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren. — 1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe für 7 Pfennig genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchs-Anweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt

Dr. August Oetker,
Bielefeld

Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie kostenlos in den einschlägigen Geschäften. Verlangen Sie ebendaselbst Dr. Oetker's farbig illustriertes Rezeptbuch, Ausgabe F (Preis 15 Pfennig) und Dr. Oetker's Schulkochbuch (Preis 30 Pfennig). Sie schöpfen daraus eine Fülle von Anregungen zum Backen, Braten und Kochen. Wo nicht erhältlich, sind die Bücher gegen Einsendung in Marken von mir direkt zu beziehen.



Nächte der Angst.

Ein Sylt-Roman von Anny Wothe.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

12. Fortsetzung.

„Hier ist Estrid, Ingewart Ferks", begann Sölve sanft, während sich die junge Frau, entsetzt von dem hohlen Antlitz und den tiefliegenden Augen fest an die Bettpfosten klammerte. „Estrid möchte mit Euch reden", sagte Sölve.

„Das will ich nicht," fuhr Estrid auf, „du hast mich hierhergeschleppt. Ingewart Ferks und ich haben uns nichts zu sagen."

Langsam wandten sich die Augen des Kranken und Estrid schauerte unter dem Blick, mit dem er sie maß, furchtsam zusammen.

„So," sagte er, „du kommst doch zu mir, dem Betrogenen, Verratenen. Was willst du hier?"

„Sölve sagte mir, du wolltest mich sprechen."

„Sölve?" Der Kranke besann sich einen Augenblick, dann flog ein lichter Schein durch seine Augen, als er Sölve ansah. — „Das ist deine kleine Schwester, die mich pflegt, ich weiß schon. Als ich fortging, wurde sie gerade eingesegnet. Sie will mich dem Leben erhalten. Was weiß ein solches Kind, wie schwer das Leben ist."

Estrid packte eine entsetzliche Angst vor der unheimlichen Ruhe Ingewarts.

„Das Kind hat dir also gesagt, daß ich dich sprechen will, Estrid Vonken — so heißt du wohl jetzt? Ja, ich habe dir etwas zu sagen. Tritt ganz dicht heran zu mir. Hörst du, ganz dicht."

Wie unter einem gewaltsamen Zwange tat Estrid, was der Kranke forderte.

„Reich mir deine Hand," gebot er, und Estrid — sie konnte nicht anders, trotzdem ihr graute — streckte ihm die Hand entgegen.

Da schlug er die zarte Frauenhand, die noch nie einen Schlag empfunden, hohnlachend zurück, so daß Estrid taumelte und gefallen wäre, wenn Sölve sie nicht aufgefangen hätte.

„Du wagst es wirklich, mir die Hand zu reichen, du, deren Schwüre Lüge waren?" schrie er Estrid an. „Du wagst es, mir unter die Augen zu kommen, dessen Leben du vernichtet hast? Eines anderen Weib bist du mit meinen Küssen auf den Lippen geworden, und du fühlst nicht die Schmach, die du dir selbst und mir getan?"

„Regt Euch doch nicht so auf, Ingewart Ferks", bat Sölve eindringlich und legte ihre kleine, weiße Hand beruhigend auf des Kranken heiße Stirn. „Estrid glaubte, Ihr wäret tot."

„Ach, das tut gut", seufzte er auf, die schmale Mädchenhand festhaltend, und schonungslos fuhr er fort:

„Tot hat sie mich geglaubt und dem Toten ist man nichts mehr schuldig, dem braucht man keine Treue zu halten, selbst wenn man tausendfach geschworen hat, ihm bis übers Grab hinaus treu zu sein? Geht, Sölve Wedderken, Ihr seid ein Kind, diese da aber", er zeigte auf Estrid, „ist eine Mörderin!"

„Ja wohl!" bekräftigte er, als Estrid aufschrie und immer weiter von dem Lager zurückwich. „Sie hat nicht nur mein Leben vernichtet, sondern trägt auch Schuld, daß der „Schwarze Falke", das Schiff, das ich durch alle Gefahren, durch Not und Tod wieder zur Heimat geführt, unterging, und elendiglich da drüben am Riff zerschellte. Ihretwegen wollte ich dort ankern — um ihr des Nachts nahe zu sein und sie durch den Anblick des „Schwarzen Falken" zu schrecken. Der Steuermann und ein Matrose büßten dabei ihr Leben ein. Mitschuldig ist sie an ihrem Tode. Ja, sie war die Anstifterin zu diesem Mord, und sie soll es büßen."

„Ihr dürft nicht so hart sein, Ingewart Ferks," bat Sölve, „Estrid trägt selbst schwer an der Last."

„Ihr habt eine weiche, sanfte Stimme, Sölve Wedderken, und Ihr könnt lieb bitten", murmelte der Fiebernde. Dann lachte er bitter auf:

„Seht nur, wie die Last sie niederdrückt, seht nur, wie ihre stolzen Augen aufflammten. Nein, Sölve, kleine Königin und wir sind die Sklaven. Sie verschenkt ihre Gunst trotz Treuschwur nach Gefallen, und wir haben ihr dafür die Füße zu küssen. Dieses Mal aber ist sie an den Unrechten gekommen und das wollte ich sagen."

Sich an Estrid wendend, sprach er ernst:

„Du hast mir drüben am Opferstein in der Heide vor Gott gelobt, mir treu zu sein bis in den Tod. Vor dem Altar der Alten knieten wir damals, an geheiligter Stätte. Du hattest einen Kranz im Haar. Mit einem Kranz im Haar wolltest du mich erwarten, wenn ich wiederkam. Den Kranz nahm dir ein anderer aus den Locken, Schön-Estrid. Aber du hast vergessen, daß der Mann, dem du Treue schwurst, sein Anrecht noch nicht aufgegeben hat, und daß er nun sein Recht fordert, hörst du, fordert."

Estrid, deren Kräfte jetzt langsam wiederkehrten, warf hochmütig den Kopf zurück und streifte mit unwilligem Blick Sölve, die Ingewart sorgenvoll beobachtete. Äußerlich ruhig entgegnete Estrid:

„Du bist krank, Ingewart Ferks. Nicht ich verließ dich, sondern du mich. Ein Jahr nach Ausreise des „Schwarzen Falken" sollte ich dich, „den Kranz im Haar", wie du sagst, erwarten. Du bist nicht gekommen. Treulos ließest du die Braut Jahr um Jahr deiner harren. Wenn einer hier die Schuld trägt, bist du es allein."

„Du verstehst es meisterlich, die Sache umzudrehen. Selbst wenn die Briefe, die ich schrieb, dich nicht erreichten, durftest du nie einem anderen angehören. Und weil du das nicht darfst, fordere ich von dir, daß du dich von dem Mann trennst, der dich mir genommen. Geschieht es nicht, so wird dich mein Fluch verfolgen. Tag und Nacht werde ich bei dir sein, dir nie Ruhe gönnen in deinem leichtfertigen Herzen und dich endlich mit mir nehmen in den Tod."

Estrid schrie auf und klammerte sich angstvoll an die Tür, die sie glücklich erreicht hatte.

„Ich bin eines anderen Mannes Weib," stammelte sie, „wie könnte ich mich von ihm trennen, der mich nie lassen würde."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Auch im Breisgau sind bis zu 85 Prozent der Reben erfroren. Die Winzer sind in einer verzweifelten Lage, da sie nicht nur den Ausfall der diesjährigen Weinernte zu tragen haben, sondern auch für die nächsten Jahre eine große Verminderung der Ernteergebnisse bevorsteht.

Neueste Nachrichten.

München, 10. Juli. Das Münchener Hitler-Büro teilt mit: Kapitänleutnant Helmuth von Mücke ist am 7. Juli aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ausgeschieden.

Germersheim, 10. Juli. Nachdem erst vor wenigen Tagen ein französischer Soldat an einer deutschen Frau einen Notzuchtversuch verübte, wird ein neuer Fall dieser Art bekannt, der sich am Sonntag vormittag ereignete. Ein 10jähriges Dienstmädchen wurde auf dem Wege zur Kirche von einem französischen Besatzungssoldaten angehalten, der sie zu Boden werfen wollte. Er erreichte seine Absicht nicht, da sich das Mädchen heftig wehrte. Nach erbittertem Kampf, bei dem die Kleider des Mädchens zerrissen wurden, ließ der Soldat von seinem Opfer ab. Auch in diesem Fall ist der Missetäter noch nicht ermittelt. Die rasch aufeinanderfolgenden Zwischenfälle verursachten in der Bevölkerung starke Erregung.

Wiesbaden, 11. Juli. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist einer Anzahl bei der englischen Besatzung beschäftigter Angestellter zum 1. September gekündigt worden.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Heute abend waren die beiden Herren Hauptmann Müller und Möhlau auf dem hiesigen Flughafen mit der Maschine des Fliegers Martens zu einem kurzen Rundflug aufgestiegen. In geringer Höhe begann das Flugzeug zu trudeln und stürzte ab. Hauptmann Müller war sofort tot, Möhlau hat einen schweren Schädelbruch und weitere Knochenbrüche davongetragen.

Berlin, 10. Juli. Der Privatkraftwagen eines Direktors Fritz Oppenheimer stieß an einer Straßenkreuzung in Spandau mit einem Lastkraftwagen, dem Direktor Oppenheimer ausweichen wollte, mit voller Wucht zusammen. Dabei verlor der Privatwagen die Richtung, sauste gegen einen Baum, fuhr den unter der Last sich biegenden Baum bis in die Krone hinauf, überschlug sich, brach einen zweiten Baum und blieb auf dem dritten Baum vollständig zertrümmert liegen. Als die entsetzten Zeugen des Unglücksfalls herbeieilten, krochen zu ihrem Erstaunen die drei Insassen — Oppenheimer, der den Wagen geführt hatte, und seine zwei Begleiter — aus den Trümmern hervor. Sie hatten alle drei wohl äußere Verletzungen erlitten, konnten aber nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Der Zustand der drei wie durch ein Wunder mit dem Leben Davongekommenen, ist völlig unbedenklich.

Berlin, 10. Juli. Die Berufungsverhandlung in der Beleidigungsklage des Ministerpräsidenten Braun gegen den Hauptschriftleiter des „Tag", Freiherr v. Medem, und den Schriftleiter Flemming, die sich über das Verhalten des Ministerpräsidenten als Jäger in abfälliger Form geäußert hatten, endete heute nach zweitägiger Verhandlung mit der Verwerfung sämtlicher Berufungen, sowohl der der Angeklagten als auch der der Staatsanwaltschaft und der des Nebenklägers. Die Vorinstanz hatte auf 600 bezw. 300 Mark erkannt.

Berlin, 10. Juli. Mit einem Hagel von Revolverschüssen durch die geschlossene Tür wurde ein Mann empfangen, der in der Andreasstraße einen Freund besuchen wollte. Sogar auf der Treppe flogen dem erschreckten Besucher, der auf sein Klopfen eine solche Antwort nicht erwartet hatte, ein paar Kugeln um die Ohren. Die Kriminalpolizei, die von der Schießerei hörte, nahm — wie sich herausstellte, nicht mit Unrecht — an, daß der eifrige Schütze wohl weniger einen Freund, als einen ihrer Beamten hinter der Tür vermutet hatte, und nahm deshalb den Zimmerinhaber in Gewahrsam, der wie man feststellte, einen schweren Raubüberfall und neuerdings eine Einbruchsreise nach Swinemünde hinter sich hatte.

Berlin, 10. Juli. In Köln wurde an dem Herausgeber eines dort erscheinenden Skandalblattes ein Exempel statuiert. Das Wochenblatt „Echo" hatte über ein junges Mädchen ehrenrührige Behauptungen verbreitet. In dem Beleidigungsprozeß konnte der Herausgeber des Blattes, Eugen Metzenthin, nicht den Schatten eines Beweises dafür erbringen. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Außerdem hat er an die Beleidigte eine Buße von 3000 Mark zu zahlen.

Berlin, 10. Juli. Der wegen Ausgabe falscher Tschervonezznoten seit 22 Monaten in Untersuchungshaft befindliche Perser Sadathierasch-willi wird auf freien Fuß gesetzt, nachdem im Haftprüfungstermin heute Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht verneint wurden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen diese Entscheidung Beschwerde erhoben, da Fluchtverdacht bestehe.

Berlin, 10. Juli. Das Konkordat wird am 13. August ratifiziert. Die Ratifikation wird durch den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und den Kardinalstaatssekretär Gaspari vollzogen. Der Vertrag wird die Unterschriften sämtlicher preußischer Minister erhalten und die Zentrumsminister werden zu diesem Zweck ihren Urlaub unterbrechen und nach Berlin kommen.

Berlin, 10. Juli. Die Verhandlungen zwischen dem preußischen Staatsministerium und den evangelischen Landeskirchen werden am Donnerstag den 11. Juli beginnen.

Schwerin, 10. Juli. In der heutigen Sitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtags wurde die Wahl des Ministerpräsidenten und der beiden Staatsminister vorgenommen. Von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. v. Oertzen wurden für den Posten des Ministerpräsidenten der Landwirtschaftskammerpräsident Eschenburg, der Spitzenkandidat der Einheitsliste nationaler Mecklenburger und für die beiden Ministerposten Ministerialrat Haack und Ministerialdirektor Dr. Schlesinger in Vorschlag gebracht. Jeder der drei Kandidaten erhielt in der Abstimmung 26 Stimmen. Für den früheren Ministerpräsidenten Schröder (Soz.) waren jedesmal 22 Stimmen abgegeben worden. In allen drei Wahlgängen waren drei Stimmen ungültig. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Nach Eröffnung der Sitzung wurde noch ein Schreiben verlesen, in welchem die Einheitsliste nationaler Mecklenburger mitteilt, daß sie sich zu einer Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger zusammengeschlossen habe.

Krummen in der Mark, 10. Juli. Im Dorfe Schwante wurde nachts eine Gruppe von Stahlhelmern von Kommunisten überfallen. Dabei wurde der Gutsbesitzer von Bülow, der Sohn des früheren Kommandeurs General v. Bülow, durch Messerstiche und Stockschläge schwer verletzt.

Warschau, 10. Juli. Das Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Kriegergräberfürsorge, Oberbaurat Arndt aus Gelsenkirchen, ist in der Nähe der polnischen Stadt Kielce verhaftet worden, als er einen dortigen Soldatenfriedhof photographierte, was polizeilich verboten ist. Leider begnügte sich die polnische Ortspolizeibehörde nicht mit der Verhängung einer Polizeistrafe, sondern leitete sogleich eine Untersuchung wegen Spionage ein, anscheinend weil Arndt für seine Fahrt, die er im Auto unternahm und für die Auffindung der Friedhöfe einige im Buchhandel käufliche Generalstabskarten Polens bei sich führte. Der mehr als 60jährige Herr, der unter anderem die Gräber seiner eigenen Söhne in Polen besuchen wollte, befindet sich nun bereits seit Ende voriger Woche in Haft. Von amtlicher deutscher Seite sind bereits Vorstellungen in Warschau erhoben worden, die aber bisher erfolglos geblieben sind.

Warschau, 10. Juli. In Dolina in der Nähe von Lemberg explodierte bei einer Gefechtsübung des 24. Artillerie-Regiments ein Geschütz. Zwei Soldaten wurden auf der Stelle getötet, drei schwer verwundet.

Amsterdam, 10. Juli. Blättermeldungen aus Den Helder zufolge ist gestern nachmittag bei Haisdalmen ein Militärflugzeug aus großer Höhe in die Nordsee abgestürzt, wo es sofort im Wasser versank. Beide Insassen, ein Leutnant und ein Sergeant, fanden hierbei den Tod. Die Leiche des Sergeanten, der bei dem Aufprall auf dem Wasser einen Schädelbruch erlitt, konnte geborgen werden.

Paris, 10. Juli. Aus dem kleinen französischen Ort Lorient wird ein Hotelbrand gemeldet, der um Mitternacht ausgebrochen ist und in kurzer Zeit das Hotel in Asche legte. Bei dem Brand wurden vier Personen getötet. Der Vater des Hotelbesitzers sprang beim Bemerken des Brandes aus dem Fenster auf die Straße und erlitt einen Schädelbruch, dem er erlegen ist. Der Besitzer des Hotels eilte in ein Zimmer, wo seine beiden Kinder schliefen. Dort war die Rauchentwicklung schon derartig stark, daß er und beide Kinder durch Rauch vergiftet wurden.

Santander, 10. Juli. Das Flugzeug Pathfinder hat heute vormittag den wegen Brennstoffknappheit unterbrochenen Flug Amerika—Rom wieder aufgenommen und ist in Rom um 21½ Uhr gelandet.

London, 10. Juli. Die starken Regenfälle in Japan haben nach Meldungen aus Tokio im Bezirk Kagoschima zu folgenschweren Landrutschen geführt. Ein kleines Fischerdorf dieses Bezirks ist in der vergangenen Nacht, während die Einwohner schliefen, bei einem Landrutsch ins Meer abgedrängt worden. Soweit bisher feststeht, kamen hierbei 30 Personen ums Leben.

London, 10. Juli. In der Millfraen-Grube in Blaenavon in der Grafschaft Monmouthshire ereignete sich am Mittwoch mittag ein schweres Explosionsunglück. Die Rettungsarbeiten, die sofort in Angriff genommen wurden, wurden durch die Entwicklung von Giftgasen außerordentlich erschwert. Erst nach stundenlangen Anstrengungen gelang es, sechs Tote zu bergen. Neun Bergarbeiter haben schwere Brandwunden davongetragen. Einer von ihnen ist lebensgefährlich verletzt. Zwei Bergleute werden noch vermißt. Die Rettungsmannschaften mußten verschiedene Male zurückgezogen werden, da neben der Entwicklung von Giftgasen ständig Einstürze im Schacht erfolgen. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest. Zur Zeit der Explosion arbeiteten etwa 60 Mann in der Grube.

London, 10. Juli. Den Blättern zufolge wird ein britischer Taucher, sobald sich das Wetter gebessert hat, den Versuch machen, das gesunkene U-Boot H 47 zu erreichen. Er wird dabei den deutschen Tiefseetauchapparat benutzen, der bereits 1925 beim Untergang des U-Bootes M 1 verwendet wurde. Das U-Boot L 96 hat heute an der Stelle, wo H 47 gesunken ist, getaucht, um den Versuch zu machen, durch Schallzeichen eine Verständigung mit der eingeschlossenen Besatzung des gesunkenen Bootes herzustellen. Das Boot erhielt jedoch keine Antwort.

Culver City (Kalifornien), 10. Juli. Das Flugzeug Angelano mit den Fliegern Mendell und Reinhardt an Bord befand sich heute abend bereits 200 Stunden in der Luft. Der Flug wird fortgesetzt.

Newyork, 10. Juli. Durch die immer noch andauernde Hitze wurden hier vier Personen getötet. Auch aus der näheren Umgebung werden mehrere Todesfälle gemeldet. Man rechnet damit, daß die Hitzeperiode in der kommenden Nacht enden wird.

Dritte Lesung des Etats.

Stuttgart, 10. Juli. Im Landtag wurde heute die dritte Lesung des Etats begonnen. Sie begann mit einer Anklagerede des Abg. Ulrich (Soz.), der die Unklarheit des Etats beanstandete, eine Vereinfachung der Bezirksverwaltung sowie angemessene Verfassungsfeiern verlangte, sich gegen die Beteiligung von Beamten und Lehrern am Stahlhelm aussprach und in einem Antrag von der württembergischen Regierung erwartete, daß sie die Reichsregierung tatkräftig unterstützt in ihrem Bemühen, auf der Grundlage der in Paris erzielten Vereinbarungen der wirtschaftlichen Sachverständigen eine reparationspolitische Erleichterung für Deutschland und die sofortige Räumung der besetzten Gebiete zu erreichen. Schließlich erklärte er noch, daß die Regierung die Pflicht habe, selbst die Vertrauensfrage zu stellen und daß seine Partei diese Regierung mit aller Schärfe bekämpfe. Staatspräsident Dr. Bolz wies die Vorwürfe gegen die Finanzgebahrung als unberechtigt zurück und bezeichnete den Wunsch, daß sich die Regierung jetzt zum Youngplan ausspreche, als unzeitgemäß. Es wäre unvorsichtig, wenn der Landtag in dieser Frage Stellung nehmen würde. Der Stahlhelm werde in seiner politischen Tätigkeit beobachtet. Am Verfassungstag werde mit der Stadt Stuttgart eine angemessene Feier in der Stadthalle veranstaltet. Kultminister Dr. Bazille teilte mit, die Verfassungsschrift der Reichsregierung sei deshalb nicht bezogen worden, weil dazu keine Geldmittel zur Verfügung ständen. Der Abg. Körner (B.B.) warf der Sozialdemokratie vor, daß sie stets dieselben Anklagen und Kritiken vorbringe und sich bei der Etatberatung wenig verantwortungsbewußt gezeigt habe. Die sozialdemokratischen Anträge würden eine Mehrausgabe von 9 Millionen Mark verursacht haben und müßten eine Steuererhöhung nach sich ziehen. Verfehlt sei es, wenn die Kanalpolitiker aus Württemberg ein reines Industrie- und Handelsland machen wollten. Der Schutz der Landwirtschaft sei eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Der Abg. Rath (D. Vp.) stellte mit Abgeordneten des Zentrums des Bauernbunds, der Nationalsozialisten, des Christl. Volksdienstes und der Volksrechtpartei den Antrag, über den Antrag Ulrich zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag Bock (Ztr.), den in der zweiten Lesung angenommenen sozialdemokratischen Antrag betr. den Ausbau des Schöffengerichts Stuttgart der Regierung nur zur Erwägung statt zur Berücksichtigung zu übergeben. Dem Rechtsausschuß überwiesen wurde ein Antrag des Abg. Rath (D. Vp.), dafür zu sorgen, daß die Ortsvorsteher aller Gemeinden ihrer Eigenschaft als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft entkleidet werden. Ein Antrag Bauser (B.B.P.), an besonders bedürfte Kleinrentner 300 000 Mark außerordentliche Beihilfen zu geben, wurde mit 30 Ja-Stimmen gegen 27 Nein bei 17 Enthaltungen, die als Nein zählen, abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Bauernbunds, an bedürftige Gemeinden für Besoldung der Lehrkräfte 500 000 Mark und zu Bauten für Volksschulzwecke 200 000 Mark zu geben. Bei einer sich weiterhin entspinnenden Theaterdebatte wurde, als der Abg. Heymann (Soz.) das Wort ergriff, gerufen: Abstimmen! Heymann erwiderte, das geht Sie offenbar einen Dreck an. Er erhielt deshalb eine Rüge und der Abg. Dr. Hölscher einen Ordnungsruf, weil er die Bemerkung des Abg. Heymann als jüdische Unverschämtheit bezeichnete. Ein Ausschußantrag betr. Erhöhung der eigenen Einnahmen des Landestheaters um 72 000 Mark wurde mit 17 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen bei 27 Stimmverweigerungen, eine weiter vom Ausschuß beantragte Entschließung betr. größtmöglichste Sparsamkeit im Betrieb des Landestheaters mit 34 Ja, 35 Nein und 2 Enthaltungen abgelehnt. Ein Antrag Bausch (E.Bd.) betr. 300 000 Mark niederverzinsliche Darleben für kinderreiche Familien wurde abgelehnt. Damit war die dritte Lesung des Etats beendigt. Der Abmangel hat sich durch die Beschlüsse zweiter und dritter Lesung von 9,9 auf 10,68 Millionen Mark erhöht. In der Schlußabstimmung wurden der Staatshaushaltplan und das Staatshaushaltsgesetz gegen die Stimmen von Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Die Abgeordneten Ulrich (Soz.), Scheef (Dem.) u. Schneck (Komm.) motivieren ihre Abstimmungen durch längere Erklärungen, in denen die Politik der Regierung als verfehlt und schädlich bezeichnet wurde. Nachdem dann noch verschiedene Ausschußanträge zu Eingaben, der dritte Nachtragsetat, eine Aenderung des Beamtengesetzes und das neue Diätengesetz für die Landtagsabgeordneten angenommen worden waren, trat das Haus in die Sommerferien. Nächste Sitzung findet voraussichtlich im Oktober statt.

Antworten auf Kleine Anfragen.

Stuttgart, 10. Juli. Im Landtag wurden heute einige Kleine Anfragen beantwortet. Auf eine sozialdemokratische Anfrage betr. Vorstellungen der Reichsbahn wegen des Stuttgarter Straßenbahntarifs wurde geantwortet, das Wirtschaftsministerium werde vor allem auf eine Verbilligung des Vorortsverkehrs mit den Fildern hinwirken. Die Reichsbahn sei bestrebt, den Vorortsverkehr dadurch zu verbessern, daß sie die Linien von Stuttgart nach Ludwigsburg und nach Eßlingen viergleisig ausbaut und in regelmäßiger Zeitfolge verkehrende Nahzüge einlegt. — Zu einer kommunistischen Anfrage wurde bemerkt, daß das Wirtschaftsministerium schon wiederholt an sämtliche Ministerien und an die Reichsdienststellen, die in Württemberg ihren Sitz haben, mit dem Ersuchen herangetreten ist, bei Besetzung von Arbeitsplätzen für Angestellte und Arbeiter sich der Mitwirkung der Arbeitsämter in weitestem Umfange zu bedienen. — In der Antwort auf eine Anfrage des Abg. Mergenthaler (Nat.-Soz.) heißt es u. a., daß sich die württembergische Regierung mit dem württembergischen Volke in dem Gedanken eins ist, daß der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge nicht aufgegeben werden darf. Die württembergische Regierung wird nach wie vor der für das deutsche Volk so wichtigen Frage die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen und behält sich auch vor, zu gegebener Zeit bei der Reichsregierung die geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen.

Die Entschädigung der Landtagsmitglieder.

Stuttgart, 10. Juli. Im Landtag wurde heute von Abgeordneten aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, ein Initiativ-Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtags eingebracht. Darnach soll jedem Abgeordneten von dem Tage vor dem ersten Zusammentritt des Landtags bis zum Ende des Monats, in dem der Landtag aufgelöst wird oder seine Wahlperiode abläuft, eine Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 300 R.M. gewährt werden zuzüglich eines Entfernungszuschlags von je 90 R.M. für diejenigen Mitglieder, die vom Tagungsort mehr als 20 Kilometer entfernt sind. Wenn ein Ausschuß an Tagen zusammentritt, an denen der Landtag keine Vollsitzung abhält, so erhalten seine Mitglieder außer der Aufwandsentschädigung für jeden Tag ihrer Anwesenheit ein Taggeld. Dieses beträgt für Mitglieder, die am Tagungsort und bis zu 20 Km. entfernt wohnen, 11 R.M., für die übrigen Mitglieder 15 R.M. Der Präsident des Landtags und seine Stellvertreter erhalten für die Dauer ihrer Amtszeit neben einer Aufwandsentschädigung in derselben Höhe wie die übrigen Mitglieder des Landtags für Amtsaufwand eine Entschädigung, die für den Präsidenten monatlich 300 R.M., für seine Stellvertreter monatlich je 50 R.M. beträgt. Dieses Gesetz soll am 1. August 1929 in Kraft treten. In der Begründung des Initiativ-Gesetzentwurfes heißt es, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen der Unterschied in der Höhe der Aufwandsentschädigung zwischen den in Groß-Stuttgart und auswärts wohnenden Landtagsmitgliedern der Verringerung bedürfe. Bei Besprechung dieser Frage habe sich außerdem die Bereitwilligkeit ergeben, die aus der Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Mitglieder des Landtags erwachsenden Ausgaben zu verringern. Durch den vorliegenden Entwurf werde neben einer zweckmäßigeren Regelung der Aufwandsentschädigung eine Einsparung von rund 800 R.M. erzielt. Bisher wurde die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Landtags in Anlehnung an die jeweiligen Beamtengehälter errechnet. Nach der Wiederkehr stabiler Geldverhältnisse liegt hierzu keine Notwendigkeit mehr vor. Es wird daher in Vorschlag gebracht, wieder zu festen Sätzen zurückzukehren.

Die Regierung zum Fall „Böblingen".

Auf die Kleine Anfrage des Abg. Scheef über die Gefährdung des Flugplatzes Böblingen durch die 220 000-Voltleitung hat gestern im Landtag die Regierung folgende Antwort erteilt: „Die am Flugplatz Böblingen und am dortigen Flugverkehr beteiligten Kreise haben im Dezember 1928 und im Januar 1929 Einwendungen gegen die von der Großkraftwerk Württemberg A.G. beabsichtigte Führung der 220 K.V. Leitung in der Umgebung des Flugplatzes erhoben. Die zur Behandlung der Einsprachen zuständige Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau hat darauf die Erteilung des polizeilichen Erkenntnisses bis zur Klärung der Frage, ob und in welcher Weise die beabsichtigte Linienführung den Flugbetrieb in Böblingen gefährdet, einstweilen ausgesetzt und die erforderlichen Erhebungen eingeleitet. Sie hat auch der Unternehmerin Kenntnis von den erhobenen Einsprachen gegeben und sie wiederholt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß solange die Einsprachen weder zurückgenommen noch entkräftet seien, das polizeiliche Erkenntnis nicht erteilt werden könne, und daß die Unternehmerin mit der Anordnung der Verlegung der Leitung auf ihre Kosten zu rechnen habe, falls sie die Leitung vor der Erteilung des polizeilichen Erkenntnisses errichten sollte. Die Unternehmerin hat trotz Kenntnis der Einsprachen und trotz der Hinweise der zuständigen Behörde in der Umgebung des Flugplatzes zunächst die Masten erstellt und vor kurzem auch die Seile gezogen. Nach Abschluß der Erhebungen hat die Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau am 5. Juli dieses Jahres unter Mitwirkung von Beamten des Innenministeriums mit Vertretern der am Luftverkehr beteiligten Kreise und der Unternehmerin verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlung läßt in Bälde eine befriedigende Lösung der Angelegenheit erhoffen. Sollte die Unternehmerin zu der vorgeschlagenen Lösung nicht bereit sein, so wird das Innenministerium veranlassen, daß die zum Schutze des Flugbetriebs und der daran beteiligten Personen erforderlichen Maßnahmen ungesäumt getroffen werden. Die rechtliche Grundlage hiezu ist gegeben, da das polizeiliche Erkenntnis noch nicht erteilt ist. Auf die ihr am 13. Juli d. J. von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung auf Grund des Zwangsenteignungsgesetzes erteilte Ermächtigung zur Vornahme von Vorarbeiten kann sich die Unternehmerin nicht berufen, da die Anbringung der Leitungsdrähte — wie auch die Aufstellung der Masten — nicht als „Vorarbeit", sondern als Ausführung der Hochspannungsleitung anzusehen ist, überdies eine Zwangsenteignung in der Nähe des Flugplatzes gar nicht in Frage kam."

Die Staatsanwaltschaft über die Betrügereien des Bergwerks-Direktors a. D. Mosch.

Gotha, 10. Juli. Die ungewöhnlichen Betrügereien des kürzlich in Kottbus verhafteten Bergwerksdirektors a. D. Mosch werden jetzt in einer von der Staatsanwaltschaft in Gotha

für
Beamtungen
liefern wir sämtliche
Druckarbeiten
raschestens u. preiswert
C. Meeh'sche Buchdruckerei
Inh. D. Strom + Neuenbürg a. E. + Telefon 4

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

veröffentlichten Mitteilung im einzelnen behandelt. Aus der Mitteilung geht hervor, daß die Untersuchung bereits seit Monaten geführt, aber mit Rücksicht auf etwaige Verschleierungsmanöver sorgfältig geheim gehalten wurde. Da dank einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Behörden die Verhaftung Mosch' in Kottbus gleichzeitig mit der Haussuchung bei Frau Mosch in Ohrdruf durchgeführt wurde, konnte in Ohrdruf eine Unmenge Material rechtzeitig gesichert werden, insbesondere viele Briefe, in denen Mosch seinen Angehörigen genaue Weisungen gab, wie sie sich vor Gericht zu verhalten hätten und wie sie aussagen sollten. Ein Teil des wichtigsten Beweismaterial mußte aus dem Bett der 80jährigen Mutter der Frau Mosch, einer Frau Heuer, herausgeholt werden, die die Papiere unter das Bettlaken geschoben und sich zu Bett gelegt hatte, um ihre Entdeckung zu verhindern. Frau Mosch bestreitet übrigens zurzeit noch, von den Manövern ihres Mannes überhaupt etwas gewußt zu haben. Ungeklärt ist noch, welchem Gericht die Angelegenheit zugewiesen wird, da die Geschädigten meistens in und bei Ohrdruf ansässig sind, während die Meineide in München geleistet wurden. Wahrscheinlich wird man sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für Gotha entscheiden.

Der Rektor der Berliner Universität verbietet die Verfassungsfeier.

Berlin, 11. Juli. Vor einigen Tagen sprach ein Vertreter der freiheitlichen Studentenschaft zugleich im Namen des sozialistischen Hochschulausschusses bei dem Rektor der Berliner Universität, Professor His, vor und bat um die Genehmigung, eine Verfassungsfeier im Vorhof der Universität veranstalten zu dürfen. Ein Hochschullehrer sollte dabei die Festrede halten. Prof. His erwiderte, er müsse gemeinsam mit dem Universitätsrat überlegen, ehe er einen Bescheid erteile. Die Antwort ist jetzt ergangen. Es heißt darin: Ich sehe mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihrem Antrag stattzugeben, da es nicht den Gepflogenheiten der Universität entspricht, in ihren Räumen derartige, von einer Gruppe veranstaltete Feiern zuzulassen. Bei der augenblicklichen Zuspitzung der Lage würde eine solche Feier nur eine Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Studierenden die Folge sein.

Austritt aus dem deutschnationalen Katholikenausschuß. v. Landsberg an Hugenberg.

v. Landsberg-Steinfurth hat an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Mit der Behandlung der Konkordatsfrage durch die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtags weicht die Partei zum ersten Male in einer hochwichtigen Frage von der bisher erfolgreich innegehaltenen Linie ab, welche durch die seinerzeit bestimmt und wiederholt gegebenen Zusagen festgelegt war, daß die Katholiken diese ihre kulturellen und kirchenpolitischen Interessen in der Deutschnationalen Volkspartei ebenso gut oder besser würden vertreten können, als in anderen Parteien. Ich sehe mich daher genötigt, hiermit den Vorsitz des Katholikenausschusses niederzulegen und aus ihm auszutreten. Meine Zugehörigkeit zur Partei bleibt von diesem Schritt unberührt. Von den Mitgliedern des Katholikenausschusses haben mir bisher folgende ihren Austritt aus dem Ausschuß erklärt: der stellvertretende Vorsitzende Dr. Lejeune, Exz. Wallraf, Prof. Ziesche, Prof. Seidel, Dr. Zische, Frhr. Schönberg, Prof. Max Buchner und Dr. Glaseback.: Von Hugenberg ist darauf Herrn von Landsberg ein Schreiben zugegangen, in dem es heißt: „Im Gefolge der unparitätischen und einseitig parteimäßigen Behandlung der Konkordatsfrage durch die preußische Regierung ergab sich für die Landtagsfraktion und insbesondere auch für deren katholischen Mitglieder aus ihrer eigenen Ueberzeugung heraus und gemäß dem seinerzeitigen gemeinsamen und von der Parteivertretung gutgeheißenen Beschlusse der beiden konfessionellen Ausschüsse der Entschluß, auf der paritätischen Behandlung beider Konfessionen auch bei der Konkordatsgesetzgebung zu bestehen.

Sechstes Bomben-Attentat in Schleswig-Holstein.

Hamburg, 10. Juli. Zum sechsten Mal innerhalb weniger Wochen ist in Schleswig-Holstein ein Bombenattentat verübt worden. Wiederum hatten sich die leider entkommenen Attentäter das Privathaus eines Landrats als Objekt ihres Anschlags genommen. Heute nacht um 3¼ Uhr erfolgte am Hause des Landrats Skalweit in Niebüll im Kreise Südtondern eine Detonation, die weithin hörbar war. Die Küchenwände des Gebäudes wurden durch die Explosion vollkommen weggerissen. Auch die übrigen Teile des Landratshauses wurden schwer mitgenommen. Durch die Gewalt der Explosion wurden auch in benachbarten Häusern alle Fensterscheiben zerbrochen. Eine vorläufige Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft Flensburg, die sofort alarmiert und im Auto nach Niebüll gebracht wurde, ergab, daß von den Tätern, von denen noch jede Spur fehlt, eine Bombe mit Zeitzündung gelegt worden war. Beobachtet worden ist nur, daß zur Zeit der Explosion ein Auto in rasendem Tempo davonfuhr, und zwar anscheinend nach Husum. Es ist als Wunder zu betrachten, daß Personen durch das Attentat nicht verletzt worden sind. Offenbar hatten die Attentäter beabsichtigt, das ganze Landratshaus in die Luft zu sprengen. Durch dieses neue Attentat ist die Bevölkerung Schleswig-Holsteins naturgemäß in neue Unruhe versetzt worden, umso mehr, weil es bisher noch nicht gelungen ist, die vorangegangenen Bombenattentate aufzuklären und ihre Urheber festzunehmen. Das preußische Ministerium des Innern hat aus Staatsmitteln eine Belohnung von 5000 Mark für die Ermittlung der Bombenattentäter von Niebüll ausgesetzt. Außerdem hat der Kreis Süd-Tondern eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Es ist bereits der siebente Anschlag.

Neue Unterhausfrage über die Räumungspolitik.

London, 10. Juli. Im Unterhaus stellte der Abgeordnete Wedgewood die Anfrage, ob die Regierung der französischen Regierung gegenüber irgendwie gebunden oder verpflichtet sei, ohne Einwilligung Frankreichs oder ohne die gleichzeitige Räumung seitens der französischen Truppen das Rheinland nicht zu räumen. Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Henderson, beantwortete die Frage mit Nein und führte dazu aus: Die großbritannische Regierung hat völlig freie Hand, die englischen Truppen aus dem Rheinland zu jedem Zeitpunkt, in der es ihr richtig erscheint, zurückzuziehen. Wedgewood fragte darauf weiterhin noch: Können wir, wenn der Fall ist, in die Lage gebracht werden, daß wir hinsichtlich des Youngberichts oder in anderer Beziehung Konzessionen machen müssen, auf diese Art Frankreichs Zustimmung zu der von dem englischen Volk so sehr gewünschten Räumung des Rheinlands durch die britischen Truppen zu erkaufen? Staatssekretär Henderson antwortete: Der Herr Abgeordnete darf nicht annehmen, daß wir das Bestreben haben, ein Tauschgeschäft von der von ihm beschriebenen Art vorzunehmen.

Birkenfelder Familien-Chronik.

vom Monat Juni 1929:

a) Geburten:

Keine;

b) Eheschließungen:

14. Juni: Karl Köpf und Erna geb. Kunzmann;
22. Juni: Artur Fix und Wilhelmine geb. Wohlgemuth;
28. Juni: Richard Fix und Marta geb. Waidelich;

c) Sterbefälle:

Keine.

Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Handelsregister, Abt. f. Ges.-Firmen, vom 9. Juli 1929 bei der Firma **Kling & Trentzsch,** Baumaterialien, Sitz **Birkenfeld:** Hermann Kling, Architekt in Feldrennach, ist als Gesellschafter aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden.

Jagdpolizei.

Auf Antrag des Jagdpächters **Eugen Speidel,** Fabrikanten in Pforzheim, ist die Handhabung der Jagdpolizei und der polizeilichen Aufsicht über den Vogelschutz in dem Gebiet der Gemeindejagd Loffenau dem früh. Schutzmann **Karl Seeger** in **Loffenau** übertragen worden.

Neuenbürg, den 9. Juli 1929.

Oberamt:
Dr. Schmid, Regierungsrat.

Feldrennach.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 15. ds. Mts.** werden zwangsweise gegen Barzahlung versteigert:

Zwei Schreibtische, zwei Kommoden, ein Sofa und ein Herren-Fahrrad.

Zusammenkunft **10 Uhr vorm.** beim Rathaus.

Finanzamt-Vollstreckungsstelle.
J. A.: Knüppel.

Gemeinde Birkenfeld.

Die Stelle der

Schreibgehilfin

beim Schultheißenamt ist erledigt und sofort neu zu besetzen.

In Maschinenschreiben und Stenographie bewanderte Bewerberinnen wollen ihre Gesuche bis **spätestens 15. ds. Mts.** mit den erforderlichen Zeugnissen nebst einem selbstgeschriebenen Lebenslauf einreichen.

Birkenfeld, 10. Juli 1929.

Schultheißenamt: A.V. Bürkle.

Arbeits-Vergebung.

Die Stadtgemeinde hat für die **Erstellung eines Schwimm- und Planschbeckens mit Grundablaß nebst Zuleitungskanal und Einlaufbauwerk** die

Grab-, Maurer- und Eisenbeton-Arbeiten

im Preislistenverfahren zu vergeben.

Pläne und Vergebungsbedingungen liegen beim Stadtbauamt zur Einsicht auf.

Angebote sind **längstens bis Samstag, 20. Juli, vorm. 11 Uhr,** beim Stadtschultheißenamt hier mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen. Die Oeffnung der Angebote findet um diese Zeit statt. Derselben können die Angebotsteller anwohnen.

Zuschlagsfrist: 14 Tage.

Herrenalb, den 9. Juli 1929.

Stadtschultheißenamt.
Stadtbauamt.

Bringe am **Freitag** in **Neuenbürg**

Goldfische

zum Verkauf. Bitte Gefäß mitbringen. **Franz Winter,** Zierfischzucht, **Gmünd.**

Zum sofortigen Eintritt zwei fleißige

Küchenmädchen

gesucht. Angebote erbeten an **Kursaal, Wildbad.**

Neuenbürg.

Fest-Programm zum Heimattag.

Samstag den 13. Juli, abends 8 Uhr,
Begrüßungs-Feier

in der **Städt. Turn- und Festhalle** unter gütiger Mitwirkung folgender Vereine:

Männer-Gesangverein „Liederkranz",
Turner-Gesangverein,
Sänger-Vereinigung „Freundschaft",
Turn-Verein,
Kapelle des Musik-Vereins.
Kapelle des Orchester-Vereins.

Gleichzeitig **Feiern der 50er und 60er Jahrgänge.**

Sonntag den 14. Juli,

6 Uhr morg.: Große Tagwache, Böllerschießen.
11½ Uhr: Standkonzert auf dem Kirchplatz.
2 Uhr: Festzug mit Gruppen und Wagen von der Bahnhofs-Allee nach dem Turn- und Festplatz, daselbst

Kinderfest.

Nach Einbruch der Dunkelheit

Großes Höhen-Feuerwerk

mit Fahrt des Raumschiffes nach dem Mond, ausgeführt auf dem Platze am Schützenhaus.

Schloß-Beleuchtung,
anschließend Straßen-Illumination.

Tanz
in der Turnhalle und Gasthof z. „Bären".

Festabzeichen incl. Feuerwerk 1 RM. Ohne Abzeichen hat niemand Zutritt.

Die verehrliche Einwohnerschaft wird gebeten, bereits schon am Samstag den 13. die Häuser zu beflaggen, sowie die Illumination der Häuserfronten erst nach Schluß der Schloßbeleuchtung vorzunehmen.

Um den Zuschauern des Feuerwerksschauspiels auf den Höhen Gelegenheit zu geben, ebenfalls eine Karte lösen zu können, ist in der Wirtschaft zur „Wilhelmshöhe" ein Karten-Vorverkauf eingerichtet und wird gebeten, davon Gebrauch zu machen.

Verkehrsverein Neuenbürg.

Stadtpflege Neuenbürg.

Dekorationsreis

für die Festwagen zum Heimattag kann in der Mühle abgeholt werden. Am Samstag früh erfolgt noch Verteilung an die Einwohner.

Schlagraum.

Morgen abend 6 Uhr werden im Rathaus aus der Abt. II Happen **drei tannene Lose** öffentlich versteigert.

Stadtpfleger Essich.

Heimattag.

Die verehrl. Vereine werden gebeten, sich am **Festzug** recht zahlreich mit Fahne zu beteiligen.

Verkehrsverein Neuenbürg.

Reißzeuge, Siegelstöcke

in schöner Ausführung und jeder Preislage empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Neue Kartoffeln

Ital. Kartoffeln
ausgereifte gelbfleischige Ware
6 Pfd. **65** Pfg.

Schlangen-Gurken
3 Stück **85** Pfg.

Salatöl
Liter RM. **1.—**

Tomaten
schöne, glatte Früchte
Pfund **30** Pfg.

Neue zartfleischige Matjesheringe
3 Stück **40** Pfg.

5 Proz. Rabatt

Pfannkuch

Höfen a. Enz.

Geschäfts-Empfehlung.

Hiedurch teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, daß ich mein

Kolonialwaren-Geschäft

an Herrn **P. Sautter** übergeben habe. Ich danke für das mir in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen und bitte dieses auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Knöller.

Unter höfl. Bezugnahme auf Vorstehendes erlaube ich mir ergebenst mitzuteilen, daß ich das Geschäft des Herrn Kaufmann **Wilhelm Knöller** übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werte Kundschaft aufs Beste zu bedienen. Das Herrn Knöller entgegengebrachte Vertrauen bitte ich auch mir entgegenbringen zu wollen.

Hochachtend
P. Sautter.

Ehrliches, fleißiges

Mädchen

im Alter von 15—17 Jahren, welches daheim schlafen kann, in Beamtenfamilie **gesucht.** Angebote unter **R. M. Nr. 17** an die „Enztäler"-Geschäftsst.

Neuenbürg.

Zu verkaufen

einige neue

Blumenkrippen.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw